

SEESTADT BREMERHAVEN

Zoff bei den Eisbären im Zoo am Meer
12|Bremerhaven



KINDERLEICHTER KLIMASCHUTZ
Das Klimahaus Bremerhaven hat eine neue Attraktion. 11|Bremerhaven

ÜBERFALL GESCHEITERT
Täter geht in Postagentur an der Hafensstraße leer aus. 12|Bremerhaven

Moin

Von Markus Roloff



Die Sonne lacht von einem blauen Himmel herab. Die vier kleinen Mädchen – die kleinste vielleicht drei Jahre alt, die älteste sieben – scheinen mit ihr um die Wette zu lachen. Immer wieder lassen sie sich den Deich hinunterrollen, kichern dabei, stupsen sich an, helfen sich beim Aufstehen. Zwischendurch tanzt der Vater mit zwei seiner Töchter Ringelreihn und strahlt dabei voller Freude. Auch die Mutter lächelt, beobachtet ihre Töchter, freut sich mit ihnen über ihre unbekümmerte Ausgelassenheit. An einem so herrlichen Frühlingstag erscheint das alles so selbstverständlich. Doch die Mädchen und ihre Eltern sprechen Arabisch miteinander, syrischer Dialekt. Vielleicht waren sie vor kurzem noch im zerstörten Aleppo oder den Trümmern von Homs. Und ihr Blick ging immer mal wieder voller Angst zum Himmel, wenn sie Flugzeugmotoren hörten... Nichts ist selbstverständlich.

3 Dinge, die ich in Bremerhaven heute wissen muss:

1 Schifffahrt

Containerriese an der Stromkaje

An der Stromkaje liegt heute der Neubau „MSC Tina“. Das fast 400 Meter lange Schiff gehört zu den größten Containerfrachtern der Welt, kann 19 224 Standardcontainer an Bord nehmen. Die „MSC Tina“ soll bis Sonnabend um 5 Uhr bleiben.

2 Bilanz

Zoll beschlagnahmt falschen Lamborghini

Der Zoll präsentiert heute im Hafen, wie erfolgreich seine Arbeit im vergangenen Jahr war: Unter anderem wurden 400 Kilogramm Kokain und 1,3 Millionen Ecstasy-Pillen sichergestellt, aber auch ein nachgemachter Lamborghini.

3 Kultur

Jugendliche spielen Theater

„Nathan – Der Weise“ spielen das Potsdamer Ensemble Poetenpack und Bremerhavener Jugendliche heute in der Pauluskirche, Hafensstraße (19 Uhr).

ANZEIGE



Morgen im Blatt

Bremerhaven
Sozialbetrug: Leiterin des Jugendamts sagt aus

Landkreise
Tierpark Cux-Art auf dem Weg zum richtigen Zoo

Sport
Alles zum Werder-Spiel bei Eintracht Frankfurt



OTB droht der Untergang

Luftfoto Scheer

Nach der Niederlage im Eilverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) gibt sich Hafensenator Martin Günthner (SPD) kämpferisch. Trotz der **Baustopp-Verlängerung** für den Offshore-Terminal (OTB) sieht er positive Ansätze. Und die von den Richtern kritisierten Mängel bei der Bedarfsbegründung will er beseitigen. Eine Mammutaufgabe. Gelingt die nicht, droht dem OTB der Untergang im Hauptverfahren vor dem Verwaltungsgericht. VON KLAUS MÜNDELEIN

Einfach wird das nicht. Denn die Richter sehen erhebliche Schwächen bei der Darstellung des Bedarfs. Braucht die Offshore-Industrie in Bremerhaven tatsächlich so einen großen Spezialhafen? Trotz der verkleinerten Ausbauziele der Bundesregierung? Trotz der geringen Marktanteile, die die Produzenten vor Ort besitzen? Und auch trotz der technischen Veränderungen bei der Montage, für die womöglich weniger Fläche benötigt wird? Auf diese Fragen hat das Land offenbar keine Antworten geliefert, die die Richter überzeugen konnten. Und nur überzeugende Antworten und Prognosen rechtfertigen einen massiven Eingriff in die stark geschützte Natur am Blexer Bogen.

Hier wird jetzt erst einmal eine ganze Weile gar nichts passieren. Nach dem Beschluss des OVG gilt der Baustopp unverändert fort, bis im Hauptverfahren über die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) entschieden worden ist. Das Verfahren ist beim Verwaltungsgericht anhängig. Dort gibt es noch über-

haupt keine Vorstellung, wann es weitergeht. „Es gibt keinen Termin“, sagt Gerichtssprecherin Verena Korrell. Die Akten müssen jetzt erst wieder übermittelt werden, und dann müssen die Kontrahenten ihre Stellungnahmen abgeben.

BUND-Geschäftsführer Martin Rode sieht sich in seiner Argumentation durch den OVG-Beschluss zum Baustopp voll bestätigt. Er hatte massiv die Notwendigkeit des Terminals bezweifelt. Der Offshore-Zug sei längst an Bremerhaven vorbeigefahren, gebaut und verladen würden die Komponenten schon lange an anderen Orten.

Überschätzter Bedarf

Die Richter teilen diese Zweifel. Die Argumente der Behörden für den Bedarf, die durch mehrere Gutachten gestützt werden, haben nach Ansicht der Richter „nicht die erforderliche Durchschlagskraft“. „Es muss ernsthaft in Betracht gezogen werden, dass der Bedarf erheblich überschätzt worden ist“, heißt es im Beschluss. Die Gründe für die Zweifel:

▷ Der **Marktanteil der beiden Turbinenproduzenten** ist weit geringer als angenommen. Die Prognosen über eine künftige Vervielfachung der Marktanteile sei deshalb unzureichend abgesichert.

▷ Die **Umschlagzahlen** müssen nach unten korrigiert werden, weil die Ausbauziele für die Windparks geringer ausfallen.

▷ Die Planungen sehen große Flächen für die **Vormontage der Anlagen** vor. Die Richter bezweifeln, dass die Vormontage angesichts der immer größer werdenden Anlagen Zukunft hat. Diese Frage sei von den Behörden nicht ausreichend geprüft worden. Das sei als „erhebliches Begründungsdefizit“ zu werten.

▷ Die **Prüfung von Alternativen** wird gerügt. Angesichts der Tatsache, dass sich die Anzahl der umgeschlagenen Anlagen verringert und die Montagetechnik womöglich weniger Platz benötigen wird, müsse auch die Nutzung vorhandener Hafenanlagen erneut geprüft werden.

Die Frage nach dem Bedarf ist also ein entscheidender Punkt. Da hilft es auch nicht, dass das Gericht etliche Klagepunkte der Naturschützer abgewiesen hat. Die Zuständigkeit des Landes als Planungsbehörde bestätigten die Richter ebenso wie die Sinnhaftigkeit von Ausgleichsmaßnahmen oder Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Senator wird nun vor diesem Hintergrund womöglich ein neues Gutachten für das Hauptverfahren erstellen.

Reaktionen zur Gerichtsentscheidung

▷ **Melf Grantz**, Oberbürgermeister: „Das ist keine gute Nachricht für Bremerhaven. Da das Gericht die wirtschaftliche Notwendigkeit anders gewichtet als die Planungsbehörde und dabei die aktuellen Entwicklungen der Offshore-Windenergie einbezieht, sehe ich hier einen Ansatzpunkt, die sich ständig verändernden Entwicklungen und ihre Auswirkungen aktuell in das weitere Verfahren einzubringen. Hafenplanung ist keine Eintagsfliege, sondern verlangt einen langen Atem. Ich bin mir sicher, dass der Bremer Senat diesen langen Atem besitzt und nicht mitten auf der Strecke schlappmacht.“



▷ **Martin Rode**, Bund für Umwelt und Naturschutz: „Dieser Offshore-hafen im geschützten Bremerhavener Werraert ist – anders als es der Senat behauptet – in keiner Weise mehr mit dem Umschlag von Windkraftanlagen auszulasten. Alle Gutachten des Senats können über diese offensichtliche Wahrheit nicht hinwegtäuschen.“



▷ **Jörg Kastendiek**, CDU-Bürgerschaftsfraktion: „Das Projekt wird nochmals für Jahre zurückgeworfen, nachdem der Senat den OTB bereits seit Jahren verschleppt hat. Die gesamte Zukunft der Offshore-Wirtschaft in unserem Bundesland steht auf der Kippe und der Bremerhavener Wirtschaftsminister Martin Günthner ziemlich planlos da.“



▷ **Maïke Schaefer**, Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Bürgerschaft: „Der OTB ist für uns ausschließlich mit dem Ausbau der Windkraft auf hoher See und mit dem Klimaschutz verknüpft. Nur

damit ist der massive Eingriff in ein sensibles Wattgebiet zu rechtfertigen. Wer wie die CDU von einem herkömmlichen Schwerlasthafen in diesem geschützten Gebiet träumt, hat heute eine klare Klatsche erhalten.“



▷ **Martin Günthner**, Senator für Wirtschaft und Häfen: „Das OVG hat in seinem Beschluss eine Reihe von Feststellungen getroffen, die die vom BUND vorgetragene rechtlichen Gründe zurückweisen. Insofern enthält der Beschluss durchaus mehrere positive Aspekte. Mit den aufgeworfenen Fragestellungen, insbesondere zur Bedarfsanalyse und zu technischen Aspekten der Offshore-Anlagen, werden wir uns ausführlich auseinandersetzen.“



▷ **Elias Tsartilidis**, SPD-Bürgerschaftsfraktion: „Wir hätten uns für die Windkraftunternehmen am Standort ein positives Urteil des Gerichts erhofft. Das ist eine schwierige Situation für die Unternehmen. Es ist traurig, dass in Deutschland Großprojekte dermaßen lang verzögert werden können.“



▷ **Nelson Janßen**, Bürgerschaftsfraktion der Linken: „Wir sind froh, dass die seit langem unrealistischen Planannahmen zur Wirtschaftlichkeit des Offshore-Terminals nun auch von den Richtern zurückgewiesen wurden. Dem Urteilspruch zufolge ist ein so weitreichender Eingriff in das FFH-Naturschutzgebiet auf Grundlage der Senatsprognosen nicht zu rechtfertigen.“



Standpunkt von Klaus Mündelein

Unterwegs zum Sankt-Nimmerleins-Tag

Die Enttäuschung ist groß bei denen, die den Offshore-Terminal bauen wollen. Die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht gab vor wenigen Wochen noch Anlass zu der Hoffnung, dass der Baustopp wieder aufgehoben wird. Und nun das: Das Gericht tritt weiterhin auf die Bremse und bescheinigt den Behörden schwerwiegende Mängel bei den Bedarfsprognosen. Die Bedenken sind so groß, dass sie nach Ansicht der Richter auch im Hauptverfahren zum Aus für den OTB führen werden. Der Senator will diese Mängel nun abstellen und offenbar mit Hilfe von neuen Gutachten die Prognose auf solide Beine stellen. Aber das ist leichter gesagt als getan. Denn das Land hat gerade bei diesem Thema enorm viel investiert. Die Schätzungen waren nicht aus der Luft gegriffen, sondern von namhaften Instituten ermittelt und immer wieder aktualisiert worden. Was

soll denn da jetzt noch kommen? Und würde es überhaupt helfen? Wer das Urteil liest, stolpert oft über die Hinweise auf aktuelle technische Entwicklungen, die für den Bedarf am OTB tatsächlich relevant sind. Aber sie haben auch absurde Züge. Denn wegen der anhängenden Klagen verzögert sich der OTB um Jahre. Die Planungen und Prognosen altern natürlich mit. Wenn dann wiederum die Justiz wegen veralteter Prognosen das Projekt erneut auf die lange Bank schiebt, ist der Eröffnungstermin für den OTB absehbar: der Sankt-Nimmerleins-Tag. Die Hoffnung, die den Befürwortern noch bleibt, ist die Widersprüchlichkeit in den Urteilen der unterschiedlichen Instanzen. Bei der Frage nach der Planungszuständigkeit kommen Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht zu komplett anderen Ergebnissen. Mal schauen, wie das beim Bedarf sein wird. klaus.muendelein@nordsee-zeitung.de